



**Rainer
Hinderer**

66. Ausgabe Juli 2016



Termine:

**Hinter den Kulissen der
Baumschule der Firma
Pflanzenkölle**

Heilbronn

Freitag, 29. Juli

15:00 Uhr

Eröffnung Volksfest

Heilbronn

Freitag, 29. Juli

17:30 Uhr

Wasserturmfest

Böckingen

Samstag, 30. Juli

Thementage „Integration“

Montag, 01. August –

Donnerstag, 04. August

Baustellenrundfahrt

Heilbronn

Freitag, 05. August

14:00 Uhr

85 Jahre Susanne

Finkbeiner

Heilbronn, Hans-Rießler-
Straße 7

11:30 Uhr

Infobrief aus dem Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

Mitgefühl ist für uns die erste Reaktion – auf die schrecklichen Gewaltakte und Anschläge in Nizza, Würzburg, München oder Ansbach, den Putschversuch in der Türkei und die Gewalt als Reaktion auf den Putsch und auch bei Gewalt von und gegen Polizisten in den USA und bei uns.

Wir sind entsetzt über die Berichte von Exzessen der Gewalt, die uns in den letzten Wochen fast täglich über die Medien und sozialen Netzwerke erreichen.

Wir denken an die Opfer und deren Angehörigen, die Familien die zerrissen wurden, an Eltern die ihre Kinder und Kinder, die ihre Eltern verloren haben.

Wichtig ist jetzt, dass wir die Ängste der Menschen ernst nehmen. Wir dürfen sie aber nicht - wie die AfD - schüren, sondern das Möglichste für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tun.

Hierzu gehört auch, dass wir für gelingende Integration sorgen. Die erste Augustwoche nutze ich daher, um einen erweiterten Einblick in die Integrationsanstrengungen in meinem Wahlkreis zu bekommen. Hierüber erfahren Sie dann in gewohnter Form im nächsten Infobrief.

Ich wünsche Ihnen erholsame und sonnige Sommertage.

Herzliche Grüße

Rainer Hinderer MdL

Arbeitsmarktpolitik: falsches Zeichen für baden-württembergische Arbeitnehmer

Der Sozialexperte Rainer Hinderer MdL lehnt die Übertragung der Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik vom Sozial- ins Wirtschaftsministerium ab. „Es kann nicht sein, dass der soziale Arbeitsschutz in Zukunft vom Wirtschaftsministerium verantwortet werden soll. Dies halte ich für falsch.“ Der SPD-Abgeordnete zeigt sich überzeugt, dass der Neuzuschnitt des Ministeriums für Soziales und Integration Nachteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg mit sich bringen wird.

2,7 Millionen Euro für die Sanierung von Schulen im Landkreis Heilbronn

Fast 2,7 Millionen Euro erhalten Schulen in der Region im Rahmen der Schulbauförderung des Landes Baden-Württemberg. Wie die SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Hinderer und Reinhold Gall heute mitteilen, profitieren davon drei Standorte im Landkreis: Die Otto-Kleinert-Realschule in Bad Friedrichshall erhält 2.033.000 Euro für die dringend notwendige Generalsanierung und den Umbau des Gebäudebestands. In Neckarsulm wird die Erweiterung der Amorbachschule mit 264.000 Euro und in Nordheim die Sanierung der Kurt-von-Marval Gemeinschaftsschule mit 362.000 Euro gefördert.

Die gesamte Pressemitteilung finden Sie hier: www.rainer-hinderer.de

Kontakt:

Abgeordnetenbüro
Rainer Hinderer MdL
Wilhelmstraße 3
74072 Heilbronn

Tel.: 07131 8987141
Fax: 07131 8987151

E-Mail:
info@rainer-hinderer.de

Termine nach Vereinbarung

Durch den neuen Zuschnitt der Ministerien, der im Landtag beschlossen wurde, verliert Sozialminister Manfred Lucha zudem die Zuständigkeit für den sozialen Arbeitsmarkt und berufseingliedernde Maßnahmen.

So hält es Hinderer für fatal, dass wichtige Verbindungsstränge innerhalb und außerhalb des Sozialministeriums gekappt werden. „Wenn der Sozialminister mit Vertretern von Menschen mit Behinderung oder von Langzeitarbeitslosen über deren Integration in den Arbeitsmarkt spricht, dann hat sein Haus keine Zuständigkeit mehr“, wundert sich Hinderer über die neue Aufgabenverteilung.

"Das Wirtschaftsministerium ist dafür zuständig, dass es in der Wirtschaft rund läuft. Die Themen Sozialschutz und Arbeitsmarktintegration werden im Wirtschaftsministerium zwangsläufig die zweite Geige spielen", so Hinderer.

SPD-Fraktion schlägt Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz vor

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung in einem nun eingebrachten Antrag auf, ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz vorzulegen. SPD-Fraktionschef Andreas Stoch MdL sprach angesichts des Wohnungsmangels von „mindestens 50.000 Wohnungen pro Jahr, die in Baden-Württemberg neu gebaut werden müssen.“ Stoch: „Viele Familien mit Kindern, Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind vergeblich auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung. Hier ist die Landesregierung gefordert.“

Der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Daniel Born MdL, forderte die Landesregierung zum Handeln auf und verwies darauf, dass der Bund die Kompensationsmittel zur Förderung des Wohnungsbaus verdoppelt habe. „Zudem hat Bundesbauministerin Barbara Hendricks (SPD) zusammen mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen Ende vergangenen Jahres Empfehlungen vorgelegt, die die Landesregierung nun umsetzen muss.“

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, dass auch die soziale Mietwohnraumförderung weiter forciert wird. Der Zuschuss pro Wohnung müsse hierfür erhöht werden, z.B. durch den Ausbau der Zuschussförderung. „Von den mindestens 50.000 neuen Wohnungen pro Jahr müssen 5.000 Sozialwohnungen sein“, so Wohnungsbauexperte Born. In der vergangenen Legislaturperiode sei die soziale Mietwohnraumförderung um über 300 Prozent ausgebaut worden. Dies sei ein Erfolg und immens wichtiger Schritt gewesen, an den die Landesregierung nun anknüpfen müsse. „Mit dem Wohnungsbaupflicht, dem Pakt für sozialen Wohnungsbau und dem Entwurf eines Wohnungsbaubeschleunigungsgesetzes hat das SPD-geführte Wohnungsbauministerium bereits in der vergangenen Legislaturperiode die notwendige Vorarbeit geleistet. Nun ist die neue Landesregierung gefordert“, meint der SPD-Abgeordnete.

**Für Kurztzuschlossene:
„Hinter den Kulissen“ der Baumschule der Firma Pflanzenkölle
Freitag, 29. August
15:00 Uhr**

**Gerne können Sie sich am Freitagvormittag noch telefonisch unter
07131-8987141 anmelden.**